

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt

07/2012

Fiskalpakt weiterer Baustein für solide Haushaltspolitik / Persönliche Notizen

Bundestag debattiert über Umsetzung europäischer Vereinbarungen – Schäuble zieht positive Zwischenbilanz

Der Deutsche Bundestag nahm an diesem Donnerstag das parlamentarische Verfahren für die neue europäische Stabilitätsarchitektur auf. Bis zur Sommerpause soll über ein Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion entschieden werden. Der Bundesfinanzminister zog in der Debatte eine positive Zwischenbilanz, was die Bewältigung der Schuldenkrise in der Euro-Zone angeht. Grundsätzlich seien die Maßnahmen auf europäischer Ebene als „Hilfe zur Selbsthilfe“ angelegt. Die Anpassungsprogramme in den jeweiligen Ländern seien daran gekoppelt. „Es führt kein Weg daran vorbei, dass wir in den betroffenen Ländern die Krise bekämpfen müssen durch eine Reduzierung der Defizite und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“, betonte Schäuble. Die Programme funktionierten in Portugal und Irland. Spanien und Italien hätten wichtige Schritte zur Konsolidierung gemacht, stellte der Finanzminister fest. Er zeigte sich überzeugt, dass auch Griechenland mit dem erreichten Schuldenschnitt die Chance auf tragfähige Staatsfinanzen habe.

Mit dem angestrebten Fiskalpakt werden in allen 17 Ländern der Euro-Zone und acht weiteren EU-Staaten verbindliche Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild eingeführt. Bundestag und Bundesrat müssen dem entsprechenden Vertragsgesetz mit einer 2/3-Mehrheit zustimmen. Die Umsetzung der innerstaatlichen Schuldenbremsen wird durch ein Klageverfahren beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) sichergestellt. Klagen werden bei Über-

schreitung des Defizitkriteriums aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zukünftig quasi automatisch eingeleitet. Die vom EuGH identifizierten Schuldensünder müssen ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm mit konkreten Strukturreformen auflegen, das dann von Rat und EU-Kommission genehmigt und überwacht wird. Schäuble betonte, es gebe dank der neuen Instrumente nun „viel stärkere Möglichkeiten, früher einzugreifen“. Europa sei nun auf dem Weg zu einer wirklichen Stabilitäts- und Wachstumsunion.

Dem dauerhaften Rettungsschirm, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), werden alle Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets angehören. Das maximale Ausleihvolumen des ESM beträgt 500 Mrd €. Durch einen völkerrechtlichen Vertrag soll der ESM als internationale Finanzinstitution begründet und mit einem Stammkapital von 700 Mrd € ausgestattet werden, heißt es im Gesetzentwurf zur finanziellen Beteiligung am ESM. Davon sollen 80 Mrd € bar eingezahlt werden und 620 Mrd € aus abrufbarem Kapital bestehen. Die Anteile der Mitgliedstaaten werden entsprechend ihrem jeweiligen Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank ermittelt. Danach ist die Bundesrepublik Deutschland mit rund 27 %, also 21,72 Mrd € an Bareinlagen und 168,3 Mrd € an abrufbarem Kapital beteiligt. Das einzuzahlende Kapital soll in Teilbeträgen bereitgestellt werden. Die in diesem Jahr anfallende Tranche soll durch einen Nachtragshaushalt in Höhe von rund 8,4 Mrd € bereitgestellt werden, den das Kabinett bereits

verabschiedet hat. Mit ESM und Fiskalpakt werden zwei Gesetze in den Bundestag eingebracht, die für die Stabilität der gemeinsamen Währung und die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung sind, sagte Kauder. Er appellierte an die Oppositionsfraktion, ihre Verantwortung für Europa nicht politischem Kalkül unterzuordnen, sondern die Aufgaben anzunehmen, die sich aus der europäischen Staatsschuldenkrise ergeben. Der Fraktionsvorsitzende kritisierte die SPD-Opposition scharf. In Richtung seines Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier sagte der Fraktionsvorsitzende: „Sie in der SPD haben ein großes Problem, zwischen staatspolitischer Verantwortung und parteipolitischen Kalkül zu entscheiden.“ Der offene Streit in der SPD über die weitere Vorgehensweise sei problematisch und kein gutes Signal für Europa.

Saarland legt vor

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat Annegret Kramp-Karrenbauer und der CDU Saar sehr herzlich zum Wahlerfolg gratuliert. Kramp-Karrenbauer habe mutig gehandelt, als sie sich zum Wohle des Landes für Neuwahlen entschieden habe. Dieser mutige Weg habe die Wählerinnen und Wähler überzeugt. Mit dem Wahlergebnis und der Bildung einer Großen Koalition unter CDU-Führung werde es nun stabile Verhältnisse im Saarland geben. Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu Beginn dieser Sitzungswoche Annegret Kramp-Karrenbauer zur gewonnenen Wahl im Saarland gratuliert. Frau Kramp-Karrenbauer wird auch künftig Ministerpräsidentin an der Saar sein. Nach dem Auseinanderbrechen der bisherigen Koalition standen die Saarländerinnen und Saarländer vor der Wahl, wer die neue Regierung anführen soll. Die Wähler haben sich eindeutig für die CDU entschieden. Ebenso erfreulich ist, dass die Linke deutlich verliert und so die Quittung für ihre oftmals weltfremden Forderungen erhalten hat. Die Menschen wissen, dass auf Pump kein Staat zu machen ist. Beendet wurde auch der Höhenflug der Grünen, die gerade noch halb so viele Mandate errungen haben wie die Piraten. Gesiegt hat der Wunsch nach verlässlichen und stabilen politischen Verhältnissen.

Weg frei für den Abbau der kalten Progression

In 2. und 3. Lesung stand an diesem Donnerstag der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines „Gesetzes zum Abbau der kalten Progressi-

on“ auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, inflationsbedingte und "nicht gewollte Steuerbelastungen" abzubauen und die Steuerzahler um insgesamt sechs Milliarden Euro zu entlasten. Zur Begründung heißt es, im System des progressiv gestalteten Einkommensteuertarifs profitiere der Staat von systembedingten Steuereinnahmen, die über den Effekt der kalten Progression entstehen würden. Es solle jedoch verhindert werden, "dass Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen". Daher ist eine stufenweise Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags in zwei Schritten zum 1. Januar 2013 auf 8.130 € und zum 1. Januar 2014 auf 8.354 € (insgesamt plus 350 €) vorgesehen. Die Anhebung orientiert sich an der voraussichtlichen Entwicklung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums. Auch der Tarifverlauf soll prozentual wie der Grundfreibetrag um 4,4 % angepasst werden. Ohne Anpassung des Tarifverlaufs käme es durch die alleinige Anhebung des Grundfreibetrags bei konstantem Eingangsteuersatz zu einer nicht gewollten "Stauchung" des Tarifs innerhalb der ersten Progressionszone und damit zu einem Anstieg der Progression, wird erläutert.

In der Begründung des Gesetzentwurfs verweist die Bundesregierung auf die positiven Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen. Dessen Prognosen würden für die nächsten Jahre den Spielraum eröffnen, den Bürgern in zwei Schritten inflationsbedingte Mehreinnahmen in einem Volumen von 6 Mrd € zurückzugeben und das "im vollen Einklang mit der konsequenten weiteren Umsetzung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse". So werde sichergestellt, dass der Staat nicht von Lohnerhöhungen profitiere, denen keine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zugrundeliege. "Verbunden damit ist das klare Bekenntnis, bewusst nicht auf progressionsbedingte Mehreinnahmen aus einer Inflation zu setzen, um aus der Verschuldung herauszuwachsen", versichert die Regierung. Im Verhältnis zur gezahlten Steuer soll die Entlastung der unteren Einkommensgruppen am größten sein. Mit dem Gesetz wird die verfassungsrechtliche Vorgabe für das steuerfreie Existenzminimum umgesetzt. Der Ball liegt jetzt beim Bundesrat. Blockieren die Länder jetzt den Gesetzentwurf, so ginge dies vor allem zu Lasten der Beschäftigten mit niedrigeren Einkommen.

Stärkung des Innovationsstandortes Deutschland

Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Wachstumspotenziale der Digitalen Wirtschaft ausschöpfen – Den Innovationsstandort Deutschland stärken“ werden die positiven Beiträge von Internet und digitaler Wirtschaft zu Innovation, Wachstum und Beschäftigung hervorgehoben. Die Koalitionsfraktionen unterstützen die Bundesregierung dabei, den Digitalisierungsprozess weiter zu befördern und zu ordnen, damit die faszinierenden Möglichkeiten des Internets am Standort Deutschland voll erschlossen werden können.

Zitat:

«Manchmal ist es ganz gut, wenn man nur Bankchef, und nicht Politiker ist.» (Der Vorstandsvorsitzende der KfW Bankengruppe, Ulrich Schröder, am Mittwoch in Frankfurt zur Frage, ob er den Kredit für Schlecker befürwortet.)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis und Land

Die letzten Wochen war ich wegen der vier Sitzungswochen leider immer nur kurz im Wahlkreis, seit der letzten Sitzungswoche wegen der Klausur unserer Arbeitsgruppe in Brüssel am letzten Wochenende nicht. Diese „Durststrecke“ ist nun vorüber.

Die Entscheidung der grünroten Landesregierung, die Polizeipräsenz in der Fläche auszudünnen und in 12 Polizeipräsidien zusammenzufassen, wirkt sich erheblich auf unseren Wahlkreis aus. Während der Landkreis Heidenheim der Polizeidirektion Ulm zugeordnet wird und seine eigene Polizeidirektion verliert, erhält der Ostalbkreis eine Polizeidirektion in Aalen, die auch für die Kreise Schwäbisch Hall und Waiblingen zuständig wird. Das ist zwar achtbar und für Aalen als mögliches Oberzentrum vielleicht eine Stärkung, aber insgesamt ist diese Entscheidung für uns aus drei Gründen sehr misslich: 1. Es gibt in unserem Wahlkreis künftig keinerlei Kriminalpolizei mehr! 2. Der Zusammenhalt von Ostwürttemberg als Gesamregion wird geschwächt, unser Landkreis Heidenheim wird sich noch stärker Richtung Ulm ausrichten müssen. 3. Es zeigt sich immer mehr, dass da-

mit die Absicht der neuen Regierung deutlich wird, jenseits der aktuellen Landkreis- und Regierungspräsidiumsstruktur an der Schaffung von 12 Regionalkreisen zu arbeiten, also größere, bürgerfernere Verwaltungseinheiten zu schaffen – jenseits gewachsener und bisher bewährter Strukturen.

2. Berlin

Mit der Arbeitsgruppe Außen waren wir am Wochenende in Brüssel und haben intensiv mit unserem EU-Kommissar Günther Oettinger Energiesicherheitsfragen besprochen. Er bewertet die Energiewende der Bundesregierung dahingehend kritisch, als der notwendige Netzausbau stockt und die 16 Länderstrategien zur Energieautarkie möglicherweise dazu führen könnten, dass der notwendige Netzausbau zum Transport des Windkraftstroms nach Süddeutschland, wo unsere energieintensive Wirtschaft bezahlbare Energie benötigt. Insgesamt hat er uns auch die Überlegungen der EU zur Produktion Erneuerbarer Energien in Südeuropa, auch zur teilweisen Verschuldungseingrenzung dieser Länder sowie im nördlichen Afrika vorgestellt.

Diese Woche hatte ich meine 37. Rede, dieses Mal zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas (GASP), Link unter: <http://bit.ly/Hsa2QH> Es handelte sich um zwei Anträge, die von SPD und LINKEN gekommen waren und nun in der abschließenden Lesung zur Entscheidung durch den Bundestag anstanden. Zusammenfassend muß man zum Antrag der SPD sagen: Theorie und Praxis stimmen nicht überein. Der Antrag der LINKEN hatte mit der politischen Realität nichts zu tun.

Entscheidung zur Photovoltaik am 29.03.: Wie Sie wissen, habe ich den ursprünglichen Entwurf zur Änderung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) stark kritisiert, da er die Interessen der privaten Kleinanleger in der Stromproduktion durch Photovoltaik nicht ausreichend berücksichtigt hatte. Mit vielen Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich in den internen Beratungen erhebliche Verbesserungen beim Vertrauensschutz für diese Investoren durchsetzen können. Deshalb konnte ich gestern zustimmen. Für Rückfragen zu den Einzelheiten stehe ich gerne mit Hintergrundmaterial zum Gesetz zur Verfügung. Meine Pressemitteilung hierzu finden Sie auf meiner Homepage: <http://bit.ly/H6Digy>

3. Sonstiges

Ihnen und Euch allen ein Frohes Osterfest!

Herzliche Grüße Ihr und Euer

Reinhold Niebuhr